

Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragsteller KO Dominik Oberhofer)

betreffend: Besserer Schutz für Unternehmen bei Fake-Bewertungen im Internet

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, an das zuständige Ministerium sowie den Staatssekretär für Digitalisierung heranzutreten, damit diese ein geeignetes Gesetzes- und Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, um Unternehmen vor irreführenden und geschäftsschädigenden unwahren Bewertungen im Internet besser zu schützen.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Arbeit, Wirtschaft, Industrie, Tourismus, Digitalisierung und Technologie

Begründung:

Immer wieder ist zu hören, dass sich vor allem Hotels und Restaurant mit negativen "Fake-Bewertungen" im Internet konfrontiert sehen. Diese oftmals falschen und schlechten Bewertungen schlagen sich in der Gesamtbewertung des Betriebes nieder. Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Leute selbst ihre Urlaube im Internet planen und buchen, wirken sich negative Beurteilungen besonders drastisch auf das Buchungsverhalten der Urlauber:innen aus. Umso ärgerlicher ist es für die Betroffenen, dass sie kaum Möglichkeiten haben, gegen diese geschäftsschädigenden Fake-Bewertungen vorzugehen. Bei unbekanntem Absender bleibt einem nur ein langwieriger und mühsamer Lösungsprozess über das jeweilige Bewertungsportal übrig. Dieser Vorgang dauert teilweise bis zu 6 Monate, solange bleibt die Fake-Bewertung für jeden sichtbar online und

auch danach ist nicht gewiss, ob diese überhaupt gelöscht wird. Ansonsten, wenn der Verfasser der Nachricht bekannt ist, bleibt nur die Aufforderung auf Unterlassung mittels Anwaltsschreiben auf eigene Kosten. Außerdem ist die Beweisführung in den meisten Fällen sehr schwierig.

Gerade ein Tourismusland wie Tirol muss alles dafür tun, dass die heimischen Hotel- und Gastronomiebetriebe auch im Internet die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen und sich die Gästezufriedenheit auch tatsächlich in den verschiedenen Bewertungsportalen widerspiegelt. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, endlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu dafür schaffen.

Innsbruck, am 07.11.2023

Zugl. Obermüller